

Recht auf sinnvolle Arbeit : Gewerkschaften und grüne Wirtschaftspolitik

Autor(en): **Baumann, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1988)**

Heft 5: **Ökologie und Gewerkschaft**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584285>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RECHT AUF SINNVOLLE ARBEIT

GEWERKSCHAFTEN UND GRÜNE WIRTSCHAFTS POLITIK

HANS BAUMANN

Die GBH hat bereits 1983 ein Grundsatzpapier vorgelegt, das versucht hat, die Sicherung der Beschäftigung in der Bauwirtschaft mit ökologischen Zielsetzungen in Einklang zu bringen. Inzwischen sind diese Diskussionen weitergegangen. Im Moment ist das «grüne Beschäftigungsprogramm» in Überarbeitung und soll insbesondere auch im Hinblick auf die laufende Diskussion über das Bodenrecht (Stadt-Land-Initiative) neue Grundlagen liefern.

«Die neue Entwicklung gibt uns die Chance, die alten Konflikte des letzten Jahrhunderts zu überwinden und anstelle dieses angeblich unüberwindbaren Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit eine neue sozialpartnerschaftlich orientierte Gesellschaftsordnung zu setzen: statt Klassenkampf Partnerschaft, statt Konfrontation Kooperation, statt Gleichschritt Vielfalt, statt schematischer Regeln individuelle Wahlmöglichkeiten. Durch die technologische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung ist der Gegensatz von Kapital und Arbeit überwunden worden; genau so kann es uns auch gelingen, durch den Einsatz moderner Technologien den Gegensatz von Ökologie und Ökonomie zu überwinden.»

(Schweiz. Arbeitgeber-Zeitung 23, 9. Juni 1988)

Dieses Zitat zeigt deutlich auf, wie sich Arbeitgeberkreise und bürgerliche PolitikerInnen das neue, «postindustrielle» Wachstumsmodell des Kapitalismus vorstellen. Auf der Basis der Fiktion einer neuen, klassenlosen Gesellschaftsordnung soll der Konsens zur Durchsetzung des Wachstumsmodells gefunden werden. Die ökologische Frage wird in diesem Modell scheinbar

genauso problemlos überwunden wie die soziale.

Alex Krauer, VR-Delegierter der Ciba-Geigy, nannte dies am St.Galler Management-Gespräch kürzlich den neuen «Pakt mit der Vernunft, eine neue Solidarität». Solidarität mit wem? «Wir sind angewiesen... auf Konsumenten, die umweltbewusste Unternehmenspolitik honorieren und auf Sozialpartner, die bereit sind, die Lasten mitzutragen, die der Wirtschaft aufgebürdet werden» erklärte Krauer. Damit ist das mit der Solidarität klargestellt.

Leider sind es nicht nur VertreterInnen der Kapitaleseite, die sich durch einen solchen neuen Wachstumspakt die Lösung der ökologischen Probleme erhoffen. Auch innerhalb der alternativen und grünen Bewegung gibt es nicht wenige «Modernisten», welche die soziale Frage als gelöst oder zweitrangig ansehen und auf die Interessenidentität mit dem Kapital bauen. Ausdruck einer solchen Haltung ist beispielsweise die Nein-Parole der Grünen Partei zur Initiative für die Herabsetzung des AHV-Alters, mit der sich die GPS auch als potentielle Bündnispartnerin der Gewerkschaften wohl für längere Zeit verabschiedet hat.

In der politischen Realität hat sich jetzt zwar gezeigt, dass die Annäherung zwischen grünen Modernisten und aufgeschlossenen Kapitalvertretern nicht so einfach ist. Zu erinnern ist hier z.B. an den jüngsten Rechtschwenker grosser Teile der Bürgerlichen gegen die Koordinierte Verkehrspolitik und gegen Verkehrsberuhigungsmassnahmen.

ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE FRAGEN VERBINDEN

Die Gewerkschaftspolitik der nächsten Jahre darf sich nicht an dem eigenartigen Solidaritäts-Prinzip à la Ciba-Geigy orientieren. Wir müssen uns an einem Gesellschaftsmodell orientieren, das wirkliche Solidarität in den Mittelpunkt stellt, das heisst eine Spaltung der Gesellschaft in moderne AufsteigerInnen und solche, die die Zechen für diesen Aufstieg bezahlen, verhindert. Und dies auch im Sinne einer internationalen Solidarität, ein Aspekt, der in der Ökologiediskussion leider immer mehr unter den Tisch fällt.

Dies bedeutet auch, dass wir

an der Forderung nach Arbeitsplatzsicherheit und Verbesserung der Qualität der Erwerbsarbeit festhalten müssen, solange es noch keinen Ersatz für die existenzsichernde Erwerbsarbeit gibt. Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft kann deshalb aus unserer Sicht nicht durch einen Ausstieg aus dem formellen Sektor geschehen, sondern nur durch einen Umbau innerhalb des Erwerbssektors. Gleichermassen ist aber auch klar, dass wir nicht mehr an einer Arbeitsplatzhalterung um jeden Preis festhalten können. Die Forderung nach Recht auf Arbeit im Erwerbssektor muss vielmehr erweitert werden zur Forderung nach «Recht auf eine sinnvolle Arbeit» in der gesellschaftlichen Produktion und der Forderung nach massiver Arbeitszeitverkürzung (in verschiedenen Formen) zur längerfristigen Sicherung der Beschäftigung.

Zur Durchsetzung eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft ist es aus gewerkschaftlicher Sicht notwendig, auch Beschäftigungsalternativen aufzuzeigen. Die GBH hat bereits vor fünf Jahren erstmals das Modell einer «grünen Bauwirtschaft» vorgeschaltet, das auch in das gewerkschaftliche Aktionsprogramm eingeflossen ist. Inzwischen ist das Thema «Arbeit und Umwelt» in verschiedenen Gewerkschaften diskutiert und weiterentwickelt worden. Bei zahlreichen Gelegenheiten hat sich unsere Gewerkschaft auch aktiv zugunsten grüner Anliegen engagiert, so z.B. zugunsten eines Ausstiegs aus der Atomwirtschaft. Zur Zeit läuft die Diskussion über die Stadt-Land-Initiative an, über die Ende Jahr abgestimmt werden soll. Auch hier geht es darum, nicht der vereinfachenden Formel «die Initiative gefährdet unsere Arbeitsplätze» zu verfallen, wie dies zur Zeit vor allem vom Baumeisterverband beschworen wird. Vielmehr muss aufgezeigt werden, wie die Schaffung und Erhaltung qualitativ möglichst hochstehender Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft mit den Anliegen günstiger Wohnraumbeschaffung und dem Landschaftsschutz verbunden werden kann.

SCHRUMPfung DER BAUWIRTSCHAFT?

Wie verhält sich eine solche Politik, die sich an Vollbeschäftigung

«des neuen Typs», also in Verbindung mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft orientiert, zum Wirtschaftswachstum schlechthin?

Eine eindeutige Aussage lässt sich hier nicht machen. Alternative Beschäftigungsprogramme können kurzfristig durchaus einen Wachstumseffekt haben, da es im Bereich der Luft- und Wasserreinhaltung, des Landschaftsschutzes, der Versorgung mit Alternativenenergien und im öffentlichen Verkehr einen riesigen Bedarf gibt, den zu decken ökologischen Zielsetzungen entspricht und in vielen Sektoren auch ein gewisser «Reparaturbedarf» besteht. In vielen Regionen Europas – um hier jetzt nur von den Industriestaaten zu sprechen – mit Arbeitslosigkeit und Armut, gibt es zudem noch einen Mangel an sozialer Grundversorgung, der durch die Schaffung zusätzlicher, sinnvoller Arbeitsplätze behoben werden könnte.

Ökologischer Umbau der Wirtschaft bedeutet natürlich auch, dass einzelne Sektoren schrumpfen müssen, wie zum Beispiel die Rüstungsindustrie, die Automobilindustrie, der Strassenbau usw. Dies führt aber nicht zwangsläufig zu einem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit insgesamt und schon gar nicht der Arbeitsplätze. Im Gegenteil: Verschiedene Studien belegen, dass auch ein radikaler ökologischer Umbau einen massiven Beschäftigungseffekt beinhalten kann. Die GBH-Studie belegt, dass dies für die Bauwirtschaft in einem ganz besonderen Mass zutreffen wird.

In Verbindung mit einer Neudefinition der Vollbeschäftigung sowie weiterer sozialer Anliegen wie Arbeitszeitverkürzung und Humanisierung der Erwerbsarbeit können GewerkschafterInnen für eine grüne Wirtschaftspolitik gewonnen werden. Dies ist auch eine Voraussetzung, um diese Anliegen realpolitisch überhaupt durchzusetzen und dem neuen Wachstumspakt des Kapitals wirklich eine Alternative gegenüberstellen zu können. Denn zur Durchsetzung solcher Forderungen braucht es politische Bündnisse, die ohne Gewinnung eines grossen Teils der ArbeitnehmerInnen und ihrer Organisationen kaum erfolgreich sein werden. ■